

Südkorea auf dem Weg zur Zivilgesellschaft: die Zivilgesellschaftsorganisationen

Wein, Roland

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Wein, R. (1997). Südkorea auf dem Weg zur Zivilgesellschaft: die Zivilgesellschaftsorganisationen. *Korea - Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, 41-66. <https://doi.org/10.11588/kjb.1997.0.2669>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Südkorea auf dem Weg zur Zivilgesellschaft: Die Zivilgesellschaftsorganisationen

Roland Wein

Die Zivilgesellschaft gleicht einer Mutter. Sie gleicht einer Mutter, die schwanger geht mit endlosen unermesslichen Möglichkeiten und potentiellen Energien. Sie ist außerdem die Quelle all dessen, was jegliche Reichtümer der Gesellschaft produziert. Sie ist die Grundlage von allem. Sie ist die Quelle aller neuen Gedanken und aller Schöpfungen.¹

1 Begriffsbestimmung

In diesem Zitat aus einem Artikel über die weitere Richtung der Oppositions- und Bürgerbewegung in Südkorea, der im November 1995 in der südkoreanischen Wochenzeitschrift *Mal* erschienen ist, drücken sich große Hoffnungen und Erwartungen gegenüber der Zivilgesellschaft aus. Die Bedeutung dieser Position wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß das Konzept der Zivilgesellschaft ursprünglich ein europäisches/westliches Konzept ist und keine Tradition in der koreanischen Gesellschaft hat.

Das Konzept der Zivilgesellschaft und insbesondere des Verhältnisses von Staat und Zivilgesellschaft hat im Laufe der Jahrhunderte zahlreiche Veränderungen erfahren. Bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts waren die Begriffe von Staat und Zivilgesellschaft im Denken der Europäer austauschbare Begriffe. Ein Mitglied der Zivilgesellschaft zu sein bedeutete, ein Bürger zu sein und sich in Übereinstimmung mit den Gesetzen zu verhalten. Zwischen 1750 und 1850 erlebte dieses klassische Konzept eine Veränderung dahingehend, daß diese ursprünglich verbundenen Begriffe nun in ihrem Gegensatz untersucht wurden.² Zivilgesellschaft war die Sphäre menschlicher Aktivitäten, in der durch die Assoziierung von Menschen außerhalb der Familie in harmonischer und selbstregulierender Weise bestimmte materielle Bedürfnisse zu befriedigen waren.³ Diese Diskussion über das Verhältnis von Staat und Zivilgesell-

¹ Yi Sôn-t'ae, "Chônch'i hongyôk sok chaeya-siminundong ôdiro kana", in: *Mal*, Nr.11, 1995, S.45.

² John Keane, "Despotism and Democracy. The Origins and Development of the Distinction between Civil Society and the State 1750-1850", in: Keane John (Hrsg.), *Civil Society and the State. New European Perspectives*, London, New York: Verso, 1988, S.35-71.

³ James Cotton, "Civil Society in the Political Transition of North Korea: The Limitations of the East European Model", in: *Korea and World Affairs*, 16, 2, Sommer 1992, S.321.

schaft, über die Bedrohungen für oder Potentiale der Zivilgesellschaft wird in der europäischen Politik- und Sozialwissenschaft seit den 1960er Jahren erneut heftig geführt.⁴

Die sozialwissenschaftliche Diskussion zu Korea hat sich bis Mitte der 80er Jahre auf den starken und autonomen Staat konzentriert, wobei vor allem dessen Rolle bei der Industrialisierung sowie sein Verhältnis zu den Wirtschaftskonglomeraten (*chaebôl*) und den Arbeitern untersucht wurde. Im Ergebnis des Übergangs von autoritären zu demokratischen Regierungsformen seit Ende der 80er Jahre rückten die sich verändernden Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft ins Zentrum der Diskussion. Dabei werden kontroverse Ansichten geäußert. Zum einen werden die Bedeutung der Entstehung einer Zivilgesellschaft in Südkorea und ihre potentielle Rolle bei der Förderung sozialer und politischer Reformen unterstrichen, und zum andern werden auch eher skeptische Stimmen laut.⁵

Grundlage für die Diskussion der Zivilgesellschaft in diesem Beitrag ist eine Definition, die Professor Philippe C. Schmitter von der Stanford University in seinen Thesen zu Zivilgesellschaft und Demokratie auf einer Konferenz über das Verhältnis von Staat und Gesellschaft in Berkeley im April 1993 vorgetragen hat. Schmitter faßt die Zivilgesellschaft auf als

set or system of self-organized intermediary groups:

- (1) that are relatively independent of both public authorities **and** private units of production and reproduction, i.e. of firms and families;
- (2) that are capable of deliberating about and taking collective actions in defense/promotion of their interests/passions;
- (3) but do **not** seek to replace either state agents or private (re)producers or to accept responsibility for governing the polity as a whole;
- (4) but **do** agree to act within pre-established rules of a "civil" or legal nature.⁶

Nach Schmitter müssen damit vier Bedingungen gegeben sein, die in der Zivilgesellschaft durch die "intermediary groups" erfüllt und sowohl vom Staat als auch von den privaten Produzenten respektiert werden: duale Autonomie, kollektive Aktionen, kein Anspruch auf Machtergreifung sowie Zivilisiertheit.

⁴ John A. Hall (Hrsg.), *Civil Society. Theory, History, Comparison*, Cambridge: Polity Press, 1995.

⁵ Lee Su-Hoon, "Transitional Politics of Korea, 1987-1992: Activation of Civil Society", in: *Pacific Affairs*, 66, 3, Winter 1993, S.351-352.

⁶ "Some Propositions about Civil Society and the Consolidation of Democracy", unveröffentlichter Entwurf des Vortrages von Schmitter auf der Konferenz "Refiguring the State and Society" an der University of California, Berkeley, 22.-23. April 1993, S.1-2.

Die Zivilgesellschaft setzt sich aus einer Vielfalt von Typen der *intermediary groups* zusammen, und im Laufe der Zeit wird sich deren jeweilige quantitative und qualitative Bedeutung verändern. So vielfältig die Interessen der einzelnen und von Gruppen in einer Gesellschaft sind, so unterschiedlich sind die Formen, wie diese organisiert zum Ausdruck gebracht werden. Bei der Untersuchung der sich herausbildenden Zivilgesellschaft in Südkorea werden im folgenden die Entstehung und die Entwicklung von Zivilgesellschaftsorganisationen (ZGO) im Mittelpunkt stehen. Diese ZGO stellen eine für Südkorea neue Form von *intermediary groups* dar, die im Ergebnis des Demokratisierungsprozesses nach 1987 entstanden und gesellschaftliche Bedeutung gewonnen haben.

Während sich die Diskussion über die sozialen Bewegungen in den 70er und 80er Jahren auf *minjung*, einen sehr komplexen Begriff für die unterdrückten Massen, konzentrierte, stehen in den neuen Analysen in den 90ern *simin*, die Bürger, *simin sahoe tanch'e*, die Zivilgesellschaftsorganisationen, *simin undong*, die Bürgerbewegung, im Zentrum. Im südkoreanischen Kontext werden die *simin* verstanden als die einfachen Bürger, die sich des demokratischen Prinzips, daß alle Macht im Volke ruht, bewußt werden und zur Durchsetzung ihrer Interessen und Ziele die ZGO bilden. Diese Organisationen stellen nach ihrem eigenen Verständnis eine dritte Macht zwischen dem Staat und dem Kapital dar und haben zum Ziel, diese zu kontrollieren und auszugleichen. Das Neue an diesen ZGO besteht in deren breiter sozialer Basis, der Vielfalt der Gebiete, auf denen sie tätig werden, ihrem Verhältnis zum Staat und der Wirtschaft sowie in den Strategien, mit denen sie die Realisierung ihrer Ziele anstreben.⁷

Andere Termini für soziale Organisationen in Südkorea sind *min'gan tanch'e*, Volksorganisationen, oder *pi chôngbu tanch'e*, Nichtregierungsorganisationen. Die Bezeichnung der hier behandelten Organisationen als Zivilgesellschaftsorganisationen übernimmt die in Südkorea verwendete Terminologie und dient dazu, die neue Qualität und soziale Funktion dieser ZGO im Vergleich mit anderen sozialen Organisationen deutlich zu machen. So sind freie und unabhängige Gewerkschaften zwar Teil der *intermediary groups* in einer Zivilgesellschaft, sie haben aber auf Grund ihrer sozialen Basis andere Merkmale und Funktionen als die ZGO, die nach Yu Chae-hyôn "private Initiativen für das Allgemeinwohl"⁸ darstellen.

Gemeinsame Merkmale der Zivilgesellschaftsorganisationen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

⁷ Yu Chae-hyôn, "Saeroun toyak ûl wihae kyôngsillyôn che 2 ki rûl ôttôk'e chunbihal kôsîn'ga?", in: *Chibanghwa segyehwa rûl chunbihanûn siminundong. Kyôngsillyôn ch'angnip 6 chunyôn kinyôm charyojip*, Kyôngje chôngûi silch'ôn simin yônhap, Seoul: Simin ûi sinmun p'yônjipsil, 1996, S.1-3.

⁸ Yu Chae-hyôn, "Simin undong ôttôk'e pol kôsîn'ga?", in: *'96 Simin sahoe tanch'e kongdong chôngch'aek charyojip*, Seoul: Han'guk simin tanch'e hyôbûihoe, 1996, S.19.

- 1) Sie sind Organisationen, die nicht klassengebunden sind, sondern klassenübergreifende Interessen vertreten wollen. Sie sind auf Gebieten tätig, die die Gesellschaft als Ganzes betreffen.
- 2) Die ZGO sind reformistisch, d.h., sie stellen nicht das kapitalistische System an sich in Frage, sondern behandeln die Probleme und Auswüchse des Systems. Dabei geht es um die Besserung oder Eliminierung der erkannten Mißstände durch "vernünftige Vorschläge" mit dem Ziel der Schaffung einer neuen demokratischen Gesellschaft.⁹ Sie erkennen an, daß die gesellschaftlichen Probleme im Spannungsfeld von Kapital und starkem Staat entstehen, und betrachten es als ihre Aufgabe, die politische Macht und die Macht des Kapitals zu kontrollieren und einzuschränken.¹⁰ Während sich die sozialen Bewegungen unter den Militärdiktaturen in Südkorea in Opposition zum bestehenden Regime und zum Teil im Kampf gegen das Kapital entwickelt und daraus Legitimation und Unterstützung bezogen hatten, stellte sich unter den neuen politischen Bedingungen für Vertreter der zivilen Organisationen die Frage nach einer praktischen Arbeit für die Gesellschaft, anstatt diese nur zu kritisieren.¹¹
- 3) Die ZGO haben neue Tätigkeitsformen entwickelt, die den vorgegebenen legalen Rahmen des politischen Systems respektieren und nutzen. Die Grundlage dafür sind Gewaltfreiheit und friedliche Aktionen. Dies unterscheidet sie von den Methoden der radikalen Studenten- und Arbeiterbewegung der 80er Jahre, die durch militante und gewaltsame Konfrontation mit dem Repressionsapparat des autoritären Regimes gekennzeichnet waren. Eine Grundlage ihrer Tätigkeit ist die Mobilisierung der breiten Öffentlichkeit. Gemäß dem Slogan "people-centered, community-centered, life-centered" streben sie danach, sich eine Massenbasis zu schaffen und echte partizipatorische Teilhabe der Menschen zu erreichen. Dabei konzentrieren sie sich auf politische Bildungsarbeit, Beobachtung der Legislative, politische Lobby-Arbeit und die Nutzung der Medien. Die ZGO sind vom Prinzip her in ihren Aktivitäten unparteiisch, nicht auf Gewinn orientiert und dezentralisiert.¹²

⁹ Als Ziel der Citizens' Coalition for Economic Justice wird in deren Statut, Art. 2, festgelegt: "Das Ziel der Koalition besteht darin, zur Schaffung der Basis eines nationalen Wohlfahrtsstaates durch die Entwicklung einer friedlichen Bürgerbewegung zur Realisierung wirtschaftlicher Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft beizutragen." Zit. in: "Kyôngje ch'ongûi silch'ôn simin yônhap kyuyak", in: *Chibanghwa segyehwa rûl chunbihanûn simin undong. Kyôngsillyôn ch'angnip 6 chunyôn kinyôm charyojip*, Kyôngje chôngûi silch'ôn simin yônhap, Seoul: Simin ûi sinmun p'yônjipsil, 1996, S.345.

¹⁰ Siehe z.B. das Interview mit Yu Chae-hyôn, in: *Mal*, Nr.2, 1996, S.84.

¹¹ Lee Woo-jae in einem Gespräch mit dem *Korea Herald (KH)*, 30.12.1995.

¹² Yu Chae-hyôn, "Simin undong ôttôk'e pol kôsîn'ga?", in: '96 *Simin sahoe tanch'e kongdong chôngch'aek charyojip*, Seoul: Han'guk simin tanch'e hyôbûihoe, 1996, S.17-19.

Bei der Untersuchung der ZGO, der Rahmenbedingungen für ihre Tätigkeit und ihrer potentiellen Rolle wird deutlich, daß die Zivilgesellschaft "at one and the same time a social value and a set of social institutions"¹³ ist. Dieser *social value* schließt auf der einen Seite die Akzeptanz der sozialen Organisationen und die Schaffung der für deren Wirken notwendigen Voraussetzungen durch den Staat und auf der anderen Seite bestimmte soziale Verhaltensweisen und Engagement der Privatpersonen ein.

2 Politische Kultur im traditionellen Korea

In der konfuzianischen Tradition gibt es keine klare Unterscheidung zwischen Staat und Gesellschaft. Der Staat kultiviert moralische Werte und erzieht die Menschen durch vorgegebene Riten, an denen sich diese zu orientieren haben. Die Menschen nehmen keinen Einfluß auf den Staat und dieser steht relativ autonom über der Gesellschaft.¹⁴ James Cotton argumentiert: "Morals affect all human behavior, and any notion that personal and state morality might not be the same identity was not entertained."¹⁵ Almond und Powell haben deshalb für die traditionelle koreanische politische Kultur den Begriff "subject political culture"¹⁶ geprägt. Sie beschreiben damit die passive Akzeptanz der Regierungsautorität und der Gesetze durch die Massen und deren geringe Teilnahme an politischen Vorgängen in Korea. Henderson betrachtet die koreanische politische Geschichte als ein Andauern stark zentralisierter Regime, die auf der Macht im Zentrum beruhten. Er charakterisiert Korea als eine "mass society"¹⁷, in der die Menschen von der Macht im Zentrum angezogen werden. Dies hätte es nicht zugelassen, daß *intermediary groups* zwischen den Individuen und der Zentralmacht, also dem Staat, gebildet werden konnten. Palais hat in seiner Untersuchung der politischen Partizipation in Korea von 1876 bis 1910 gefolgert, daß in dieser Periode die absolute Zahl der politisch bewußt handelnden Personen zwar immer noch gering blieb, jedoch ein bedeutendes Wachstum im Vergleich zu früheren Perioden verzeichnete.¹⁸ Beispiele dafür sind der Unabhängigkeitsklub

¹³ John A. Hall, "In Search of Civil Society", in: Hall, John A. (Hrsg.), *Civil Society. Theory, History, Comparison*, Cambridge: Polity Press, 1995, S.2.

¹⁴ Lee Hye-Kyung, "NGOs in Korea", in: Tadashi Yamamoto (ed.), *Emerging Civil Society in the Asia Pacific Community. Nongovernmental Underpinning of the Emerging Asia Pacific Regional Community*, Singapore: Prime Packaging Industries, 1995, S.161.

¹⁵ James Cotton, "Civil Society in the Political Transition of North Korea: The Limitations of the East European Model", in: *Korea and World Affairs*, 16, 2, Sommer 1992, S.322.

¹⁶ Zit. in: Yang Sung Chul, *The North and South Korean Political Systems. A Comparative Analysis*, Boulder: Westview Press, 1994, S.17.

¹⁷ Gregory Henderson, *Korea: Politics of the Vortex*, Harvard: Harvard University Press, 1968, S.4.

¹⁸ James B. Palais, "Political Participation in Traditional Korea, 1876-1910", in: *The Journal of Korean Studies*, 1979, S.73-122.

(*Tongnip hyôphoe*) und die YMCA-Bewegung. Während der japanischen Kolonialzeit entstanden zahlreiche Organisationen, die für die Unabhängigkeit Koreas kämpften und in der Aufklärungsbewegung aktiv waren. Die japanische Kolonialmacht herrschte jedoch auf der Basis von Zentralisation und Unterdrückung und ließ nur Organisationen zu, die von ihr kontrolliert und beherrscht wurden. Die Geschichte autoritärer und militärischer Herrschaft in Südkorea nach der Befreiung setzte den Ausschluß der Individuen von politischen Prozessen weiter fort. Choi Jang Jip spricht deshalb auch von einer "long-standing alienation between the state and society".¹⁹ Soziale Bewegungen entstanden im Konflikt, in Opposition mit den Regimen. Der autoritäre Staat unterdrückte Freiheit und bürgerliche Grundrechte im Namen nationaler Sicherheit und wirtschaftlicher Entwicklung. In diesem Klima von Unterdrückung sozialer Bewegungen durch den Staat und von Opposition gegen den Staat seitens der sozialen Bewegungen konnte sich die Zivilgesellschaft nicht entwickeln.

3 Entstehung der Zivilgesellschaft

Die Geschichte der Entstehung unabhängiger sozialer Organisationen außerhalb der Kontrolle und Einflußnahme der Regierung in Korea wird mitunter bis auf die Gründung von *kye* (Vereinigungen für gegenseitige Hilfe) und *hyangyak* (Regelungen und Verträge zwischen Dorfbewohnern zur gegenseitigen Unterstützung) am Ende der Yi-Dynastie (1392-1910) zurückgeführt. Nach der Gründung der Republik Korea 1948 entstanden Organisationen, die formal unabhängig von der Regierung fungierten. Bis Anfang der 60er Jahre wurden vor allem im Servicebereich tätige Organisationen mit Hilfe aus dem Ausland gebildet und von dort unterstützt. Unter dem Regime von Park Chung Hee entstanden mehr und mehr Bewegungen, die sich für eine Beendigung der autoritären Herrschaft, für Demokratie, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit einsetzten. Die Organisationen wurden jedoch von der südkoreanischen Regierung als gegen die Regierung gerichtet eingestuft und unterdrückt. Auf der anderen Seite entstanden auch Quasiregierungsorganisationen, die vor allem auf dem Gebiet der Bildung und der Dienstleistungen wirksam waren.²⁰

¹⁹ Choi Jang Jip, "Political Cleavages in South Korea", in: Hagen Koo (Hrsg.), *State and Society in Contemporary Korea*, Ithaca und London: Cornell University Press, 1993, S.13.

²⁰ Lee Hye-Kyung, "NGOs in Korea", in: Tadashi Yamamoto (Hrsg.), *Emerging Civil Society in the Asian Pacific Community. Nongovernmental Underpinning of the Emerging Asia Pacific Regional Community*, Singapore: Prime Packaging Industries, 1995, S.161.

Die bloße Existenz unabhängiger Gruppen und Organisationen schafft jedoch noch keine Zivilgesellschaft.²¹ Die Entstehung einer Zivilgesellschaft ist, wie oben bereits festgestellt wurde, an bestimmte objektive, gesellschaftliche Voraussetzungen und auch an subjektive Faktoren seitens des Staates und der Individuen gebunden. Als "Schöpfung ... der modernen Welt"²² ist sie an die Entwicklung einer kapitalistischen Gesellschaft gebunden. Denn nur diese schafft nötige Voraussetzungen wie Urbanisierung, allgemeine Bildung, soziale Mobilität, Kommunikation und die Entstehung einer Mittelklasse.²³ Das alleine reicht jedoch nicht. Auf seiten des Staates sind z.B. die Garantie bestimmter Freiheiten und Grundrechte, die Anerkennung von *intermediary groups*, eine besondere finanzielle Behandlung dieser Organisationen usw. nötig. Auf seiten der Individuen sind u.a. Klassen- bzw. Gruppenbewußtsein, Bereitschaft zu kollektiven Aktionen und Unterordnung unter Gruppeninteressen gefragt.

Diese Bedingungen entstehen im wechselseitigen Zusammenhang und schaffen die Grundlage für Entstehung und Entwicklung der Zivilgesellschaft. In Südkorea wurden durch die rasante wirtschaftliche Entwicklung, die sich seit Anfang der 60er Jahre vollzog, die objektiven Voraussetzungen für die Entstehung einer Zivilgesellschaft geschaffen. Die sozialen Bewegungen nahmen an Kraft und Breite zu und spielten eine wesentliche Rolle bei den politischen Veränderungen in Südkorea, die im Jahr 1987 eingeleitet wurden. Die sozialen Kräfte, die den politischen Wandel durchsetzten, waren militante Arbeiter, reformorientierte Angehörige der Mittelklasse, Intellektuelle und Studenten sowie konservative Oppositionspolitiker.²⁴ Unter dem Regime von Roh Tae Woo (1988-93) wurden erste Liberalisierungsmaßnahmen eingeleitet wie die Tolerierung politischer Opposition, Versammlungsfreiheit, Organisationsfreiheit, Stärkung der Pressefreiheit, Autonomie und Selbstverwaltung verschiedener sozialer Sektoren. Damit wurden erste Bedingungen für das Entstehen einer Zivilgesellschaft seitens des Staates geschaffen. Die Liberalisierungsmaßnahmen führten zu einem Verlust der Möglichkeiten und Fähigkeiten, aber auch des Interesses des Staates, in den Privatsektor einzugreifen.²⁵

Das Jahr 1987 war ein Wendepunkt in der politischen Entwicklung Südkoreas von Autoritarismus und Militärherrschaft in Richtung Liberalisierung und Demokra-

²¹ Ernest Gellner, "The Importance of Being Modular", in: Hall, John A. (Hrsg.), *Civil Society. Theory, History, Comparison*, Cambridge: Polity Press, 1995, S.32-55.

²² G.W.F. Hegel, "Grundlinien der Philosophie des Rechts", in: Hegel, G.W.F., *Werke in zwanzig Bänden*, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, 1970, Bd.7, S.339.

²³ Für eine Diskussion des Zusammenhangs zwischen wirtschaftlicher Entwicklung, der Entstehung der Mittelklasse und der Bildung von NGOs siehe: Lester M. Salamon, "The Rise of the Nonprofit Sector", in: *Foreign Affairs*, Juli/August 1994, S.118.

²⁴ Lee Su-Hoon, "Transitional Politics of Korea, 1987-1992: Activation of Civil Society", in: *Pacific Affairs*, 66, 3, Winter 1993, S.353-356.

²⁵ Lee Su-Hoon, "Transitional Politics of Korea, 1987-1992: Activation of Civil Society", in: *Pacific Affairs*, 66, 3, Winter 1993, S.353, 357-358.

tie. Es setzte ein Prozeß der Herausbildung der Zivilgesellschaft ein, der von der erstarkten Mittelklasse getragen wird. Dabei kam es zur Teilung der sozialen Bewegung in Südkorea in die traditionelle Oppositionsbewegung, die ideologische Grundlagen hatte und auf der Basis von Klassen organisiert war, und in die neu entstehenden Zivilgesellschaftsorganisationen. Während die traditionellen Bewegungen, wie radikale Gewerkschaften und linker Feminismus, an Einfluß und Aktivitäten einbüßten, erstarkten die Zivilorganisationen. Die Gründe dafür sind:

Erstens eröffnete der Demokratisierungsprozeß mit der Gewährleistung größerer Rechte und Freiheiten erstmals Raum für die Bildung solcher ZGO. Die gesamte soziale Bewegung mußte sich unter den neuen politischen Bedingungen umorientieren, neue Organisationsformen und Inhalte finden. Die auf Stabilität und Reform orientierende Mittelklasse sah in den neuen ZGO, die sich eben nicht radikal und gegen das System gerichtet gaben, das geeignetere Mittel zur Erreichung ihrer Ziele. Marie Rhie Chol Soon von der Korean Women Workers Association United, die zum *minjung*-Flügel der Frauenbewegung gehört, beschrieb dies wie folgt:

The Korean economy has been growing and Korea is no longer a developing country. This means now that it is very difficult for grass-roots organizations like us to continue our activities. This is because no one would like to support us. Middle class people are more interested in environmental issues or citizen movement because it does not cause them any trouble from the government. They think if they support us they will have difficulties from police or government once the situation might change again.²⁶

Die neuen Organisationen profitierten somit zum einen von der Unterstützung der Mittelklasse und zum anderen davon, daß Führer der ehemaligen Oppositionsbewegung ihre radikalen Standpunkte aufgaben und sich in den ZGO engagierten bzw. sich einzelne traditionelle Organisationen zu den neuen Formen der Zivilorganisationen umorganisierten.²⁷

Zweitens ist die Hinwendung zu neuen Formen der sozialen Organisation eine Reaktion auf den Zusammenbruch der sozialistischen Systeme in den Ländern Osteuropas und die Krise des Marxismus. Der Weg zur Erreichung gesellschaftlicher Veränderungen wird nicht mehr in der Revolution und im Klassenkampf, sondern in

²⁶ Brief von Marie Rhie Chol Soon von der Korean Women Workers Association United vom 8.1.1996.

²⁷ Für eine streitbare Diskussion der Korea Anti-Pollution Movement Association (KAPMA, *Konghae ch'ubang undong yônhap*) und ihrer Umstrukturierung zur Korean Federation for Environmental Movement (KFEM, *Hwan'gyông undong yônhap*) siehe: Heike Lee, "Neuer Kurs in der südkoreanischen Umweltbewegung?", in: *Koreanische Studien. Festschrift für Prof. Dr. sc. Ingeborg Göthel und Prof Dr. sc. Helga Picht aus Anlaß des 60. Geburtstages*, St. Petersburg: Zentrum "St. Petersburger Orientalistik", 1995. S.34-44.

Kooperation und Dialog gesehen. Es kam zu einer Entideologisierung, was Yu Chae-hyôn, ehemaliger Generalsekretär der Citizens Coalition for Economic Justice (CCEJ, Kyôngjae chôngû silch'ôn simin yônhap), so zusammenfaßt: "Beim Streben nach Demokratisierung und wirtschaftlicher Entwicklung unseres Landes sind Ideologien nicht besonders wichtig."²⁸ Es geht im Verständnis der Vertreter der Bürgerbewegung nicht mehr um radikale, sondern um rationale, vernünftige Vorschläge zur Veränderung der Gesellschaft.

Drittens ist die Entstehung der ZGO eine Reaktion auf die gewachsenen pluralistischen sozialen Bedürfnisse in der Gesellschaft. Zum einen hat sich als Folge der begonnenen Liberalisierung die Kapazität des Staates, alle gesellschaftlichen Prozesse zu leiten und ein gemeinsames nationales Bewußtsein zu mobilisieren, abgeschwächt. Zum anderen wurden die negativen Folgen der bisherigen wirtschaftlichen Entwicklung deutlich, wie Umweltverschmutzung, Vergrößerung des Unterschieds zwischen Arm und Reich, Benachteiligung bestimmter sozialer Gruppen (Frauen), Orientierung auf Konsum sowie moralischer und ethischer Verfall. Dies sind nun genau die Gebiete, auf denen die neuen Organisationen tätig sind.

4 Aktivierung der Zivilgesellschaft

Die meisten der ZGO wurden im Ergebnis der Demokratisierungsbewegung 1987 neu gebildet oder entstanden durch Umstrukturierungen bestehender Organisationen.

Eder stellt fest, daß auf dem Gebiet des Umweltschutzes vor 1987 keine unabhängigen Organisationen existiert haben. Die Organisationen, die auf dem Gebiet des Umweltschutzes gearbeitet hätten, seien der Regierung und der Bürokratie völlig untergeordnet gewesen.²⁹ Dr. Kim Chong-sun von der Kôn'guk-Universität führte 1993 eine umfangreiche empirische Studie zu unabhängigen Umweltorganisationen in Südkorea durch, die einen Überblick über die Entwicklung und die Probleme einer bestimmten Gruppe von ZGO gibt.³⁰ Zur Zeit der Untersuchung betrug die Anzahl der Umweltorganisationen in Südkorea ca. 300. Dr. Kim bezog 133 Organisationen in seine Analyse ein, wovon 57,6% nach 1989 gebildet wurden. Mehr als die Hälfte der Organisationen hatte weniger als 200 Mitglieder (51,3%). 53,5% hatten weniger als zwei Vollzeitmitarbeiter und 26,4% verfügten überhaupt nicht über hauptberufliche Mitarbeiter. Die aktivste Altersgruppe unter den Mitgliedern bildeten die 30- bis 40jährigen (70%). Das ist insofern überraschend, da man einen größeren Anteil an sozial aktiven Jugendlichen und Studenten hätte erwarten können, tatsächlich waren

²⁸ Interview mit Yu Chae-hyôn, in: *Mal*, Nr.2, 1996, S.83.

²⁹ Norman Eder, *Poisoned Prosperity. Development, Modernization, and the Environment in South Korea*, London: M.E. Sharpe, 1996, S.111.

³⁰ Kim Chong-sun, *Min'gan hwan'gyông tanch'e ûi unyông silt'ae wa hwalsônghwa pangan*, Kôn'guk taehakkyo, Pusôl haengjông munje yôn'guso kan, Haengjông yôn'gu che 18 chip, Pyôlch'aek, 1994, 19 S.

jedoch nur 20,69% zwischen 20 und 30 Jahre alt. Die Organisationsrate nach Geschlecht zeigte, daß mehr Frauen (3,26%) als Männer (3,18%) organisiert sind. Bei der Analyse sozialer Einflüsse auf eine Teilnahme an Umweltorganisationen wurde deutlich, daß mehr Angestellte und Hausfrauen partizipieren als Studenten, Bauern oder Fabrikarbeiter. Dr. Kim schlußfolgert zum einen, daß es eine positive Korrelation gebe zwischen aktivem Umweltbewußtsein und der Höhe des Einkommens. Zum anderen sollten jüngere Menschen für die Arbeit in Umweltorganisationen gewonnen werden, um die Wirksamkeit der Aktivitäten der Organisationen zu verbessern. Die meisten untersuchten Organisationen waren in der Hauptstadt Seoul aktiv (69,9%). Mehr als zwei Drittel waren ausschließlich mit dem Ziel des Eintretens für den Umweltschutz gebildet worden, während 30,1% umweltpolitische Ziele zu ihren ursprünglichen Aufgabenstellungen hinzugefügt haben. 45% der Organisationen erklärten, daß ihr Hauptziel in der Anhebung des Umweltbewußtseins durch Aktivitäten wie Seminare, Publikationen und Weiterbildung bestehe. Andere wichtige Aufgaben wurden in der Beobachtung umweltverschmutzender Betriebe sowie der Politik der Regierung und in der Berichterstattung über konkrete Vorfälle gesehen (27,5%).

Dr. Kim analysierte auch Probleme bei der Ausweitung der Aktivitäten der Umweltorganisationen. Die meisten Organisationen beklagten einen Mangel an Finanzmitteln (92,6%), die Passivität der eigenen Mitglieder (40,7%) und ungenügende Professionalität in der Arbeit (29,6%). Die Gruppen waren in ihrer Finanzierung abhängig von Mitgliedsbeiträgen (28,3%), von Spenden (27,78%) und vom Produktverkauf (20,07%). Finanzielle Zuwendungen seitens der Regierung oder privater Organisationen erfolgten so gut wie nicht. Da 45% der Mitglieder nicht einmal die moderaten Mitgliedsbeiträge zahlten, stellte die Verbesserung der finanziellen Situation ein großes Problem dar. Von den Organisationen wurden nur 32,83% der Mitglieder als tatsächlich aktive Teilnehmer an der Arbeit bezeichnet.

Viele der in der Arbeit zu den Umweltorganisationen deutlich gewordenen Tendenzen wie zahlenmäßiges Wachstum, Mangel an Professionalität, Zentralisation, Inaktivität der Mitglieder, Finanzprobleme usw. können auch für andere ZGO angenommen werden. Umfassende und komplexe Untersuchungen liegen dazu jedoch noch nicht vor. Als Ergebnis einer aufwendigen Untersuchung veröffentlichte die *Simin ūi sinmun* (Bürgerzeitung) Ende 1996 ein *Directory of Korean NGOs 1997*, in dem 3.900 verschiedene Organisationen und deren lokale Gruppen aufgenommen sind und das eine Grundlage für intensivere Feldforschung geschaffen hat.³¹

Zu den größten ZGO nach der Zahl der Mitglieder und lokaler Gruppen sowie dem Grad der Aktivitäten und Einflußnahme gehören:

- Korea Federation for Environmental Movement (KFEM, Hwan'gyōng undong yōnhap),

³¹ *Han'guk min'gan tanch'e ch'ongnam. Directory of Korean NGOs 1997*, herausgegeben von Sô Yang-hun, Seoul: Simin ūi Sinmun 1996, 1369 S.

- Citizens' Coalition for Economic Justice (CCEJ, Kyôngje chôngûi silch'ôn simin yônhap),
- Green Korea (Paedal noksaek yônhap).

Korea Federation for Environmental Movement

Der Vorläufer dieser Organisation war die Korea Anti-Pollution Movement Association (KAPMA), die als "radikal links und militant" eingestuft wurde. Die KAPMA zählte zu den progressivsten und radikalsten Umweltbewegungen, die Mängel im politischen und wirtschaftlichen System als grundlegende Ursachen der Umweltverschmutzung anprangerte. Im April 1993 schloß sich die KAPMA mit anderen Organisationen zur KFEM zusammen. Diese neu gegründete Organisation wandelte sich zu einer ZGO des oben beschriebenen Typs und ist nach eigenen Angaben die größte zivile Organisation in Korea. Sie hat ca. 20.000 Mitglieder, vereinigt in sich 350 Organisationen und ist in 17 regionalen Büros organisiert. Ziele der KFEM sind:

- Wechsel von einer sozioökonomischen zu einer umweltfreundlichen Entwicklungsorientierung,
- Unterstützung lokaler Umweltbewegungen,
- Einführung von Umweltschutzpraktiken in das tägliche Leben,
- Bereitstellung alternativer Umweltpolitik für Regierung und regionale Verwaltung,
- Beobachtung der Umweltverschmutzung und Verstärkung der öffentlichen Aufmerksamkeit,
- Abkehr von der Nuklearenergiepolitik,
- Forschungsprojekte,
- internationale Zusammenarbeit.³²

An die KFEM ist das 1993 gebildete Civil Institute for Environmental Studies (CIES) angeschlossen.

Citizens' Coalition for Economic Justice

Die CCEJ wurde im Juli 1989 gegründet und vereinigt mittlerweile 20.000 Mitglieder in 20 regionalen Büros. Die Gründung der CCEJ erfolgte in einer bestimmten sozialen Situation, in der die Mittelklasse und die Arbeiter von ökonomischer Ungerechtigkeit betroffen wurden. Die CCEJ bezeichnet sich als "grass-roots citizens' movement organisation working for a more just, sustainable and equitable society in

³² S. Broschüre der KFEM.

Korea".³³ Die Strategie für die Etablierung einer demokratischen Kultur und nachhaltiger Entwicklung gibt die CCEJ in sechs Punkten an:

- Organisierung der einfachen Bürger,
- Entfaltung einer friedlichen, gewaltfreien und legalen Bewegung,
- Erarbeitung praktikabler Alternativen,
- Mobilisierung der Zivilgesellschaft auf der Basis sozialer und öffentlicher Interessen und nicht von Klasseninteressen,
- Förderung der Zusammenarbeit unterschiedlicher Klassen,
- Wiederherstellung moralischer Werte.³⁴

Zur CCEJ gehören das Korean Economic Justice Institute (KEJI) und das Center for Environment and Development (CED).

Green Korea

Diese Organisation wurde 1991 gegründet und war bekannt unter dem englischen Namen Baedal Eco-Society. Nach dem Zusammenschluß mit zwei weiteren Organisationen im Jahr 1994 nahm sie den englischen Namen Green Korea an. Die Organisation umfaßt ca. 10.000 Mitglieder und ist in zehn lokalen Büros organisiert. Green Korea will das ökologische Bewußtsein in Korea stärken und setzt sich für ein Konzept nachhaltiger Entwicklung ein. Dazu werden Forschungsprojekte durchgeführt, Publikations- und Bildungsarbeit realisiert und Vorschläge zu konkreten Projekten unterbreitet. Zu Green Korea gehören das Korean Institute for a Sustainable Society (KISS) und das Research Institute for Environmental and Natural Philosophy.

5 Demokratisierung und ZGO

Die ZGO haben sich zu einem wichtigen Element innerhalb der südkoreanischen Gesellschaft entwickelt. Ihre Bedeutung wird zunehmend vom Staat und der Öffentlichkeit anerkannt. So erklärte der damalige Premierminister Lee Hong-goo in seiner Grußansprache auf dem Asia Pacific Civil Society Forum (11.-14.8.1995) in Seoul: "Increasingly more things are no longer under our control and more things are and will be determined by civil movement and participation."³⁵

³³ Broschüre der CCEJ, 1994, S.2.

³⁴ Broschüre der CCEJ, 1994, S.5.

³⁵ Lee Hong-goo, "Congratulatory Address", in: *Proceedings of First Asia Pacific Civil Society Forum, August 11-14, 1995*, Seoul: APCSFForum Secretariat, 1995, S.25 .

Die südkoreanische Öffentlichkeit ist unzufrieden mit dem Fortgang der Reformen unter der Regierung Kim Young-sam und geschockt vom Ausmaß der Korruption und von der Zögerlichkeit des etablierten politischen Systems, damit aufzuräumen. Jüngstes Beispiel ist der *Hanbo*-Skandal, in den u.a. der Sohn des südkoreanischen Präsidenten Kim Hyôn-ch'ôl verstrickt ist. Damit einher geht ein Vertrauensverlust, von dem die zivilen Organisationen profitieren können. In einer Umfrage des *Sisa Journal* im Oktober 1993 haben 44,6% der 1.500 befragten Personen, darunter Politiker, Regierungsangestellte, Professoren und Geschäftsleute, die CCEJ als die einflußreichste Organisation, vor der DLP, der damaligen Regierungspartei, oder der Federation of Korean Industries, bezeichnet. Dies wurde als Rückschlag für die extreme Rechte oder Linke und als Zeichen für die Stärke der moderaten und rationalen Kräfte gewertet.³⁶

Die ZGO sind bestrebt, gesellschaftliche Veränderungen durch die Unterbreitung eigener konkreter Vorschläge voranzubringen. Es ist schwierig, eine Bilanz von Erfolg oder Mißerfolg der Aktivitäten dieser Organisationen zu ziehen. Dennoch ist festzustellen, daß die Meinungen der Bürger, wie sie auch in den Aktionen der ZGO ausgedrückt wurden, nicht mehr so einfach von den Regierenden ignoriert werden können wie in der Vergangenheit und daß dabei auch konkrete Ergebnisse erzielt wurden. Ein aktuelles Beispiel für eine Einflußnahme der Bürger auf Entscheidungen durch Aktionen der ZGO ist die Ankündigung, daß die Regierung ihren kontroversen Plan aufgegeben habe, die Hochgeschwindigkeitstrasse der Bahn von Seoul nach Pusan durch das Zentrum von Kyôngju, der historischen Hauptstadt des Königreichs Silla, zu führen. Auf den verschiedensten Gebieten tätige ZGO spielten eine aktive Rolle bei der Diskussion über die Trassenführung und hatten mit ihrem Widerstand letztlich Erfolg.³⁷

Die ZGO äußern sich zu allen anstehenden Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung Südkoreas, wie der Uruguay-Runde und dem GATT-Abkommen, der Aufnahme Südkoreas in die OECD und der Fortsetzung politischer und wirtschaftlicher Reformen. Sie kämpfen gegen Korruption und die enge Verbindung von Politik und Wirtschaft. Die Inhaftierung und Anklage der beiden Expräsidenten Chun Doo-Hwan und Roh Tae-Woo mußten gegen die anfängliche Ablehnung auch des Präsidenten Kim Young-sam und die starke Opposition seitens konservativer Kräfte in der Gesellschaft durchgesetzt werden. Die ZGO haben dabei zusammen mit Oppositionsparteien die entscheidende Rolle bei der Mobilisierung der Öffentlichkeit gespielt und forderten die Verurteilung der beiden Ex-Präsidenten. Insofern ist deren Verurteilung auch als ein Sieg der Zivilgesellschaft zu betrachten, auch wenn dabei durchaus politisches Lavieren auf seiten des Präsidenten Kim Young-sam zu verzeichnen

³⁶ *Civil Society*, Nr.1, Januar-Februar 1994, S.16.

³⁷ *Civil Society*, Nr.5, September-Dezember 1996, S.12.

war, der von den Anschuldigungen, er habe seinen Wahlkampf auch mit illegalen Geldern von Roh Tae-woo finanziert, ablenken wollte.³⁸

Da die ZGO unparteiische Organisationen sind, üben sie ihre Tätigkeit unabhängig von politischen Parteien und politischer Macht im allgemeinen aus. In Südkorea hat im Zusammenhang mit den ZGO eine Diskussion begonnen, wie diese unter der Prämisse der Unparteilichkeit politische Aktivitäten entfalten könnten (*chôngch'i seryôk hwa, chôngch'i ch'amyô*). Dabei wurden zwei unterschiedliche Wege diskutiert. Da sind zum einen die direkte Teilnahme am politischen Prozeß durch die Bildung einer politischen Partei bzw. das Eintreten in bestehende Parteien (*chôngch'i hwaldong*) und zum anderen die Einflußnahme durch die Formulierung politischer Forderungen innerhalb der Bewegungen und die Ausübung von Druck auf das etablierte politische System (*chôngch'i chôk hwaldong*).³⁹

Die zivile Bewegung in Südkorea hatte sich für beide obengenannte Formen der Politisierung entschieden. Aktivisten der zivilen Bewegung traten in die Oppositionsparteien und die Regierungspartei ein.⁴⁰ Ende 1995 vollzog sich eine weitere interessante Entwicklung: die Bildung einer politischen Partei durch prominente Vertreter von ZGO. Am 7. Oktober 1995 trat Pfarrer Soh Kyung-suk, von 1989 bis Februar 1995 Generalsekretär der CCEJ und danach Direktor des CCEJ Korea Economic Justice Institute, von seinen Posten zurück und erklärte seine Absicht, in die Politik einzutreten. Ihm folgten weitere Persönlichkeiten der CCEJ. Zwei Tage später verkündeten diese zusammen mit Vertretern weiterer ZGO wie der Citizens' Coalition for Political Reform und des Youth Network for Good Politics die Absicht zur Bildung einer Reformpartei. Als Motive für diese Entscheidung zum Eintritt in die Politik, die Soh Kyung-suk als eine der schwersten seines Lebens bezeichnete, wurden die schwindende Moral und steigende Korruption in der Politik angegeben. Die etablierten Parteien wurden für ihren wachsenden Konservatismus, Regionalismus, das Fehlen demokratischer Strukturen und deren schwache Funktion im politischen Entscheidungsprozeß kritisiert.⁴¹

Die neue Partei sollte die alte Politik der drei Kim (Kim Young-sam, Kim Dae-jung, Kim Jong-pil) beenden, regionale und Klassenschranken überwinden und echte Teilnahmedemokratie erreichen. Dazu wurde Anfang November 1995 ein 10-Punkte-Reformvorschlag verabschiedet. Gleichzeitig mit dem Beginn der Vorbereitung zur Gründung der neuen Partei wurden Verhandlungen mit der Democratic Party (DP) von Lee Ki-taek über einen Parteienzusammenschluß aufgenommen. Die Partei mit dem Namen New Party for Reform (*Kaehyôk sindang*) wurde am 27.11.1995 inauguriert. Die Partei sollte bei Beschlußfassungen eine *bottom-up-*

³⁸ Informationsminister Oh In-whan erklärte am 6.11.1995: "In view of the public opinion, we will have no choice but to put him [Roh, R.W.] into jail.", in: *KH*, 7.11.1995.

³⁹ S. Yi Sông-t'ae, "Chôngch'i hongyôk sok chaeya-siminundong ôdiro kana", in: *Mal*, Nr.11, 1995, S.40-45.

⁴⁰ Chun Tae-yoon von der CCEJ wurde zum Beispiel Mitglied der DLP. S. *KH*, 11.1.1996.

⁴¹ *Civil Society*, Nr.5, September-Oktober 1995, S 6.

Strategie verfolgen, um echte Parteidemokratie zu realisieren.⁴² Am 4.12.1995 erreichte man mit der DP Einigung über den geplanten Zusammenschluß und die Registrierung der Partei beim Central Election Management Committee unter dem Namen United Democratic Party (*Tonghap minjudang*), kurz weiterhin: Democratic Party.

Mit dieser Entwicklung verbanden sich sowohl Hoffnungen auf Reformen als auch Kritik. Sie ist zum einen Ausdruck der Unzufriedenheit von Führern der ZGO mit dem Verlauf des Reformprozesses und dem politischen System in Südkorea. Zum anderen ist die Entscheidung auch Zeichen der Desillusionierung über die Zivilgesellschaft und ihre mögliche Rolle in Südkorea. Soh Kyung-suk hält die Zivilgesellschaft erklärtermaßen für notwendig bei der Kurierung der moralischen Krankheiten Südkoreas. Er war jedoch offensichtlich enttäuscht über deren reale Einflußmöglichkeiten und stellte fest: "But the citizen's movement alone cannot solve our problems. Simply criticizing is not enough. We have to form an alternative political power, otherwise we are not helping."⁴³

Es gab von Anfang an Kritik am Eintritt von Personen aus dem Bereich der ZGO in die Parteipolitik wegen deren fehlender Erfahrung in der Politik, ihrer Uneinheitlichkeit, ihres Idealismus bzw. persönlichen Machtstrebens. Tatsächlich bestand die Gefahr einer Schwächung der ZGO zum einen durch den Personalverlust, zum anderen durch den Verlust an Glaubwürdigkeit in der Öffentlichkeit. Der unparteiische Charakter z.B. der CCEJ schien gefährdet zu sein. Tatsächlich endete das gesamte Projekt mit einem Fehlschlag sowohl für die ZGO als auch für die Democratic Party. Dies wurde überdeutlich in deren schlechtem Abschneiden bei den Wahlen zur Nationalversammlung im April 1996, wo sie nur 15 Sitze erzielen konnte, mehr als die Hälfte weniger als zuvor.⁴⁴

Für die CCEJ, aus der die Mehrzahl der an der Parteigründung beteiligten Personen kamen, führte diese Entwicklung zu einer Krise, in der die Mitglieder und Sympathisanten Zweifel an der Zukunft der Organisation hegten und die Organisation gegenüber der Öffentlichkeit an Glaubwürdigkeit einbüßte. Yu Chae-hyôn, der neuer Generalsekretär der CCEJ wurde, setzte sich deshalb nach Auswertung der begangenen Fehler für die Stärkung des unparteiischen Charakters der CCEJ ein. Er forderte, daß die CCEJ ihre politischen Positionen äußere, politische Vorschläge unterbreite und mit den Parteien gesellschaftliche Entwicklungen diskutiere. Es dürfe jedoch keine direkte Beteiligung an politischen Parteien geben. Führende Persönlichkeiten der CCEJ müßten ihre Position in der Organisation aufgeben, wenn sie sich aktiv an der Parteipolitik beteiligen. Andererseits ging Yu durchaus davon aus, daß es in der

⁴² KH, 28.11.1995.

⁴³ KH, 17.12.1995.

⁴⁴ Korea Newsreview, 9.11.1996.

Zukunft zu einem Personalaustausch zwischen den politischen Parteien und den ZGO kommen werde.⁴⁵

Zivile Organisationen sind nach wie vor nicht berechtigt, bei Wahlen Kandidaten aufzustellen. Aber viele Aktivisten arbeiten für Kandidaten und unterstützen deren Wahlkampfarbeit. Vor den Wahlen zur Nationalversammlung im April 1996 haben ZGO eine Kampagne zur Sicherstellung demokratischer und sauberer Wahlen gestartet. Dazu gehörte eine Kampagne für faire Wahlen und eine Politik-Kampagne, mit der die Parteien und deren Kandidaten aufgefordert wurden, eine Reformpolitik zu unterstützen. Außerdem wurde eine Kampagne für die Reform des Wahlsystems initiiert. Die CCEJ, die sich am Citizens' Movement Council for Fair Election beteiligte, hatte entschieden, keine spezielle politische Partei oder Kandidaten zu unterstützen.⁴⁶ Die ZGO richteten im Rahmen ihrer Kampagnen ein Beschwerdezentrum ein, in dem Bürger über illegale Wahlkampfaktivitäten berichten konnten, und setzten sich dafür ein, daß im Bewußtsein der Wähler die Politik der Kandidaten gegenüber deren regionaler Herkunft an Bedeutung gewinnt. Dazu analysierte das CCEJ die politischen Programme der Regierungspartei sowie der drei Oppositionsparteien und veröffentlichte ihre Einschätzungen.⁴⁷

Eines der wichtigsten innenpolitischen Themen im Jahr 1996 war die Reform der Arbeitsgesetze im Zusammenhang mit dem Eintritt in die OECD zum Ende des Jahres. Im Mai wurde dazu von Präsident Kim Young-sam eine Kommission zur Reform der Beziehungen zwischen Arbeitern und Management einberufen, die sich aus Vertretern der Arbeitnehmer, des Managements und aus Fachleuten auf dem Gebiet der Arbeitsbeziehungen zusammensetzte. Da diese Kommission keinen Kompromiß über notwendige Änderungen der Arbeitsgesetze erzielen konnte, bereitete die Regierungspartei einseitig einen Antrag auf Gesetzesänderung vor und ließ diesen am 26. Dezember 1996 durch die Nationalversammlung in Abwesenheit der Opposition beschließen. Damit hat die Regierung die Absicht aufgegeben, in den Arbeitsbeziehungen den alten konfrontativen Stil der autoritären Regime durch einen Geist der Zusammenarbeit und Kompromißsuche zu ersetzen. Die Opposition gegen die Gesetzesänderung und die Art und Weise ihres Zustandekommens führte zu einer Aktivierung der Gewerkschaftsbewegung und der Tätigkeit der ZGO. Als großes Oppositionsbündnis wurde Ende 1996 das National Committee for the Revocation of the Railroaded Labor Law and NSPA Act and Protection of Democracy gebildet. Die ZGO beteiligten sich an den Aktionen z.B. durch öffentliche Anhörungen, auf denen

⁴⁵ Yu Chae-hyôn, "Saeroun toyak ül wihae kyôngsillyôn che 2 ki rûl ôttôk'e chunbihal kôsîn'ga?", in: *Chibanghwa segyehwa rûl chunbihanûn siminundong. Kyôngsillyôn ch'angnip 6 chunyôn kinyôm charyojip*, Kyôngje chôngûi silch'ôn simin yônhap, Seoul: Simin ûi sinmun p'yônjipsil, 1996, S.1-8.

⁴⁶ *Civil Society*, Nr.1, Januar-Februar 1996, S.4, 6-7.

⁴⁷ *Civil Society*, Nr.2, März-April 1996, S.3.

ein sozialer Konsens gesucht wurde für eine Neugestaltung der Arbeitsbeziehungen, und bereiteten eigene Vorschläge zur Änderung der Arbeitsgesetze vor.⁴⁸

Neben dem zahlenmäßigen Wachstum der ZGO und der Ausweitung ihrer Aktivitäten für politische und soziale Reformen ist der Aufbau nationaler Netzwerke und die Regionalisierung und Internationalisierung ihrer Tätigkeit weiteres Anzeichen für die Festigung der Zivilgesellschaft in Südkorea.

Die Umweltschutzbewegung war in ihren Anfängen hauptsächlich mit lokalen Problemen der Umweltverschmutzung befaßt. Als im Jahr 1991 eine Chip-Fabrik am Oberlauf des Naktong-Flusses mit Phenolen vergiftete Abwässer in den Fluß einleitete und es zu schweren Umweltschädigungen und Mißbildungen bei Neugeborenen kam, riefen Umweltschutzorganisationen zu landesweiten Protest- und Boykottaktionen auf. Mit der einsetzenden "nationalization of protest"⁴⁹ wurde eine neue Qualität in der Umweltschutzbewegung erreicht. Im April 1994 schufen dann mehr als 40 Umweltorganisationen den Korean Environmental Council (*Han'guk hwan'gyông hoeui*), um die Zusammenarbeit zu stärken und eine unnötige Fragmentierung abzubauen.⁵⁰

Das wohl bedeutendste Ereignis in Zusammenhang mit dem Aufbau nationaler Netzwerke ist die Gründung der Korean Coalition of Citizens' Movement (KCCM, *Han'guk simin tanch'e hyôbuihoe*) im September 1994 durch 36 Organisationen, die auf den unterschiedlichsten Gebieten tätig sind und sich für einen verstärkten Austausch untereinander einsetzen. Die Mitgliedsorganisationen sind "purely citizens' organizations, not organizations which represent the interest of particular classes or groups".⁵¹ Im Januar 1996 war die Zahl der Mitgliedsorganisationen auf 54 angewachsen, wodurch die KCCM die bedeutendsten ZGO zusammenschließt. Dazu gehören die bereits angeführte CCEJ, Green Korea und die KFEM. Die KCCM versteht sich als kontinuierliche, breite Solidaritätsbewegung, die den repräsentativen Charakter der Bürgerbewegung ausweiten und ihren Einfluß verstärken soll. Die KCCM soll für aktiven Austausch, Kooperation und Solidarität eintreten und sich auf Fragen der sozialen Entwicklung und demokratischen Reformen konzentrieren.⁵² Die Mitgliedsorganisationen führen seit 1994 jährlich ein Konsultationstreffen durch, auf dem die von den ZGO zu erfüllenden Aufgaben diskutiert werden. Für 1996 wurden als Schwerpunkte festgelegt: Unterstützung der Bürgerbewegung auf den verschiedensten Gebieten, Unterstützung einzelner Organisationen bei den Finanzen, den Mitarbeitern und deren Weiterbildung sowie die Erarbeitung und Ver-

⁴⁸ *Civil Society*, Nr.3, Mai-Juni 1996, S.4, Nr.5, September-Dezember 1996, S.5.

⁴⁹ Norman Eder, *Poisoned Prosperity. Development, Modernization, and the Environment in South Korea*, London: M.E. Sharpe, 1996, S.108.

⁵⁰ Norman Eder, *Poisoned Prosperity. Development, Modernization, and the Environment in South Korea*, London: M.E. Sharpe, 1996, S.115.

⁵¹ *Civil Society*, September-Oktober 1994, S.12.

⁵² *Civil Society*, September-Oktober 1994, S.11.

breitung von Visionen für eine neue Gesellschaft.⁵³ Die KCCM unterstützt darüber hinaus auch die internationalen Aktivitäten der ZGO. Diese nationale Solidaritätsstruktur weist darauf hin, daß die ZGO durch die Stärkung ihrer organisatorischen und personellen Basis zu wichtigen Akteuren in den Innenpolitik, aber auch auf internationalem Gebiet werden und sich für die Durchsetzung sozialer, politischer und wirtschaftlicher Reformen auf nationaler und internationaler Ebene zusammenschließen.

Zusammen mit der nationalen Konsolidierung der zivilen Organisationen erfolgt die Ausweitung regionaler und globaler Zusammenarbeit, die erst durch die nach 1987 eingeleiteten Reformen möglich wurde. Ursprünglich waren die Organisationen in ihrer Tätigkeit auf den nationalen Rahmen beschränkt. Die Erkenntnis, daß sich Probleme der südkoreanischen Gesellschaft zunehmend nur im regionalen Rahmen lösen lassen, setzt sich immer mehr durch. Außerdem nimmt das Gefühl einer internationalen Verantwortung zu.

Das Gebiet des Umweltschutzes ist exemplarisch für den Beginn der internationalen Zusammenarbeit südkoreanischer Organisationen nach deren Teilnahme an der UN-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung im Jahre 1992 (UNCED) in Brasilien.⁵⁴ Green Korea und die KFEM sind aktiv am No Nukes Asia Forum beteiligt, dessen zweites Treffen im Oktober 1994 von Green Korea in Seoul ausgerichtet wurde. Green Korea tritt z.B. auch gegen die Versenkung russischen Nuklearabfalls in das Japanische Meer⁵⁵, den Export umweltschädigender Industrien aus Südkorea nach China⁵⁶ und die französischen Nukleartests⁵⁷ ein. Im Jahre 1994 organisierte Green Korea das erste Asian NGOs' Forum for Cities and Sustainable Development in Seoul.

Im Jahre 1995 setzte sich die Tendenz zur regionalen und globalen Zusammenarbeit fort mit der Teilnahme von zwölf südkoreanischen Organisationen am alternativen NGO-Forum zum World Summit for Social Development im April in Dänemark⁵⁸ und der Teilnahme südkoreanischer Organisationen am NGO-Forum zur 4. UN-Frauenkonferenz im September in China.⁵⁹ Im August richteten die CCEJ, Green Korea und die KFEM ein Treffen zur Gründung eines Athmosphere Action Network East Asia (AANEAs) in Seoul aus. Das zweite Treffen fand im März 1996

⁵³ *Civil Society*, Januar-Februar 1996, S.18.

⁵⁴ S. "On the Role of Korean Environmental NGO's in Asia", in: *Green Korea Report*, Herbst 1995, Nr.2, Bd.2, S.4-6.

⁵⁵ S. *Baedal*, Herbst 1993, S.14.

⁵⁶ S. *Baedal*, Herbst 1994, S.12-13

⁵⁷ S. *Green Korea Reports*, Herbst 1995, Bd.2, Nr.2, S.10.

⁵⁸ S. *Civil Society*, März-April 1995, Nr.2, S.3-7.

⁵⁹ S. *Civil Society*, September-Oktober 1995, Nr.5, S.14-15, *Green Korea Report*, Herbst 1995, Bd.2, Nr.2, S.28-29.

in Osaka, Japan, statt, an dem acht Personen aus Südkorea teilnahmen. Das Sekretariat des AANEA befindet sich gegenwärtig bei der CCEJ in Seoul.⁶⁰

Die KCCM initiierte 1994 die Durchführung eines Asia Pacific Civil Society Forum (APCSF), das dann im August 1995 in Seoul unter ihrer Leitung stattfand. An diesem Treffen nahmen 85 Vertreter von Organisationen aus 19 Ländern teil. Dieses Forum war von großer Bedeutung, da es Raum zum Austausch von Ideen und Erfahrungen bot und zugleich zu einer weiteren Institutionalisierung der regionalen Zusammenarbeit beitrug. Übereinstimmung wurde in folgenden Punkten erreicht:

- 1) Etablierung des APSCF als andauernder Prozeß durch breite Konsultationen in den nächsten 1-2 Jahren,
- 2) das APCSF soll keine bestehenden Netzwerke duplizieren,
- 3) Notwendigkeit eines Civil Society Democracy and Development Watch zur Beobachtung nationaler Realitäten und der Arbeit der Zivilgesellschaft im asiatisch-pazifischen Raum,
- 4) Einrichtung eines Vorbereitungs Komitees für die nächste Konferenz,
- 5) Anstrengungen für die Teilnahme von Vertretern aus Ländern, die nicht vertreten waren,
- 6) Notwendigkeit, Frauen in allen Komitees einzubeziehen.

Zur Frage der Einrichtung eines Civil Society Fund wurde beschlossen, die Konsultationen fortzusetzen.⁶¹

Im Oktober 1995 bildeten ca. 20 Organisationen ein Komitee zur Vorbereitung der Konferenz Habitat II (*Segye chugôhoeüi rül wihan han'guk min'gan wiwônhoë*). Das Komitee beteiligte sich an der Konferenz Habitat II in Istanbul, Türkei, im Juni 1996 mit Kampagnen, Demonstrationen, Seminaren und Diskussionsveranstaltungen.⁶²

6 Probleme bei der Stärkung der Zivilgesellschaftsorganisationen

Bisher ist deutlich geworden, daß der Prozeß der Herausbildung einer Zivilgesellschaft in Südkorea eingesetzt hat und sich infolgedessen die Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft verändern. Die weitere Demokratisierung der südkoreanischen Gesellschaft unter dem zivilen Präsidenten Kim Young-sam ist jedoch vor allem in der zweiten Hälfte seiner Amtszeit von innenpolitischen Ereignissen und

⁶⁰ S. *Civil Society*, März-April 1996, Nr.2, S.15.

⁶¹ *Proceedings of First Asia Pacific Civil Society Forum, August 11-14, 1995*, Seoul: APCSForum Secretariat, 1995, S.25.

⁶² *Civil Society*, Juli-August 1996, Nr.4, S.13-14.

außenpolitischen Zwängen negativ beeinflußt. Die Zivilgesellschaft hat dabei die Aufgabe, sich dafür einzusetzen, das Erreichte zu erhalten und Möglichkeiten für weitere Reformen zu schaffen. Die Hindernisse bei der Entfaltung der Zivilgesellschaft in Südkorea sind zum großen Teil historisch und strukturell bedingt und werden sich deshalb auch noch weiterhin negativ auswirken.

Die duale Autonomie der Zivilgesellschaft gegenüber Staat und Wirtschaft ist eine Grundvoraussetzung für ihre Wirksamkeit. Es liegt jedoch in der Natur der Sache, daß durch die Entstehung der zivilen Organisationen eine Strukturierung der Gesellschaft einsetzt, die die Dynamik sozialer Bewegungen abschwächen kann und die Kontrolle der Organisationen durch Staat oder Wirtschaft erleichtert. Mit der Entwicklung der Zivilgesellschaft in Südkorea müssen die Beziehungen zwischen den ZGO und dem Staat und der Wirtschaft von Opposition zu Kooperation verändert werden. Auf dem Hintergrund der langen Geschichte autoritärer und zentralistischer Herrschaft in Südkorea sind viele ZGO dem Staat und den Machthabern gegenüber mißtrauisch. Zu dieser Meinung mag auch der mitunter als autoritär und selbstherrlich kritisierte Politikstil Kim Young-sams beigetragen haben. Deshalb wird für die ZGO die Frage von Anpassung an und Zusammenarbeit mit dem Staat und der Wirtschaft weiterhin ein aktuelles Problem darstellen. Andererseits muß auch die Regierung die Zivilgesellschaft als Partner in kooperativen Beziehungen anerkennen und darf nicht zur alten Methode des Ausschlusses der Bürger von Entscheidungen zurückgehen, wie dies bei den Gesetzesänderungen im Dezember 1996 der Fall war.⁶³ Die Struktur der Regierung und ihre Haltung werden auch weiterhin ein Anwachsen der Teilnahme der Öffentlichkeit an Entscheidungsprozessen behindern.⁶⁴

Ein sehr sensibles Gebiet bei der Bewahrung der Autonomie ist die Finanzierung der Arbeit der ZGO. Finanzielle Unterstützung durch den Staat oder die Wirtschaft ist nur akzeptabel, wenn die Unabhängigkeit der Organisationen gewährleistet bleibt. Ansonsten besteht die Gefahr der Kooptierung der Organisationen durch den Staat oder die Wirtschaft.⁶⁵ Unter den südkoreanischen ZGO wurde eine kontroverse Diskussion geführt, ob und wieweit finanzielle Zuwendungen vom Staat und von der Wirtschaft akzeptiert werden könnten. Dabei scheint sich die Haltung durchgesetzt zu haben, daß Geld vom Staat ohnehin Geld vom Steuerzahler sei und daß Geld der

⁶³ Prof. Lee Phil-Sang, Vorsitzender des CCEJ Policy Research Committee, erklärte in einem Interview mit der Zeitschrift *Civil Society*: "One major obstacle is government, which frequently accuses CCEJ of 'destructive opposition' to its policies." S. *Civil Society*, März-April 1996, Nr.2, S.23.

⁶⁴ Ein Beispiel dafür siehe in: Norman Eder, *Poisoned Prosperity. Development, Modernization, and the Environment in South Korea*, London: M.E. Sharpe, 1996, S.107-108.

⁶⁵ S. Kang Moon-Kyu, "Words of Welcome", in: *Proceedings of First Asia Pacific Civil Society Forum, August 11-14, 1995*, Seoul: APCSForum Secretariat, 1995, S.16, Soh Kyung-Suk, "Civil Society and Citizens' Movement in Korea", in: *Proceedings of First Asia Pacific Civil Society Forum, August 11-14, 1995*, Seoul: APCSForum Secretariat, 1995, S.147.

Wirtschaft zur Erfüllung von deren sozialer Verantwortung eingesetzt werden könne. Deshalb könnten Finanzmittel akzeptiert werden unter der Voraussetzung, daß diese als neutrale Zuwendungen ohne Bedingungen gegeben werden.⁶⁶

In Südkorea ist das System unabhängiger finanzieller Zuwendungen für zivile Organisationen nur schwach entwickelt. Es existiert keine "Spendenkultur", und die Zahlung von Mitgliedsbeiträgen wird äußerst nachlässig gehandhabt. Die Organisationen leiden an finanziellen Schwierigkeiten. Sie müssen also einerseits selbst interne Wege finden⁶⁷ und andererseits Mittel von außen akquirieren, ohne ihre Autonomie aufzugeben. Im April 1995 wurde der Citizens' Movement Support Fund als erste zivile Stiftung in Südkorea gegründet, die den Zweck der finanziellen Hilfeleistung an finanziell schwache ZGO verfolgt.⁶⁸

Die zivilen Organisationen wenden sich dagegen, daß die Regierung Regierungs- oder Quasiregierungsorganisationen, wie Saemaul Movement, Korea Freedom League und Moral Life Movement Association, über Sondergesetze eine Vorzugsbehandlung zukommen läßt. Sie fordern, daß die Regierung diese Unterstützung stoppt, die Leitung dieser quasi-Regierungsorganisationen an eine unabhängige Institution übergibt und eine Einmischung in die Tätigkeit der Organisationen seitens der Regierung verboten wird. Die Regierung bestand jedoch bei der Verabschiedung des Haushalts für 1996 auf der finanziellen Unterstützung für die genannten Organisationen.⁶⁹

Der legale Rahmen für die Tätigkeit der ZGO muß in Anerkennung des von diesen zu leistenden Beitrages für die gesellschaftliche Entwicklung verbessert werden. Deshalb fordern die Organisationen die Verabschiedung eines Gesetzes über den ehrenamtlichen sozialen Dienst (*chawôn pongsa pôban*) und eines Gesetzes für das private Fundraising (*kongdong mogûm pôban*) durch die Nationalversammlung.⁷⁰ Die Anerkennung der Organisationen erfolgt über die Verleihung eines legalen Status, der die erste Voraussetzung ist für finanzielle Zuwendungen seitens der Regierung und für Steuerbegünstigungen sowohl der Spender als auch der empfangenden Organisationen. Der legale Status wird als korporative juristische Person, eingetragener Verein (*sadan pôbin*) oder gemeinnützige Stiftung (*chaedan pôbin*) verliehen. In Abhängigkeit vom Tätigkeitsfeld der Organisationen beantragen sie den legalen

⁶⁶ Soh Kyung-Suk, "Civil Society and Citizens' Movements in Korea", in: *Proceedings of First Asia Pacific Civil Society Forum*, August 11.14, 1995, Seoul: APCSFForum Secretariat, 1995, S.147.

⁶⁷ In einem Interview mit der Zeitschrift *Mal* machte der Generalsekretär der CCEJ, Yu Chae-hyôn, folgende Angaben: Von den 20.000 Mitgliedern würden nur 4.000 Beiträge entrichten. Deshalb hätten hauptamtliche Mitarbeiter ein Programm "Treffen mit Mitgliedern" initiiert. In Seoul würden über Telefonaktionen täglich Zusagen über die Zahlung von ca. 8-9 Mio. Wôn erreicht. S. *Mal*, 1996, Nr.2, S.83.

⁶⁸ S. *Civil Society*, September-Dezember 1996, Nr.5, S.21-22.

⁶⁹ S. *Civil Society*, März-April 1995, Nr.2, S.18, *KH*, 22.10.1995.

⁷⁰ S. *Civil Society*, März-April 1995, Nr.2, S.18.

Status bei dem entsprechenden Ministerium, und nach dessen Erhalt lassen sie sich bei diesem Ministerium registrieren.⁷¹ Bei der Beantragung muß die Organisation nachweisen, daß sie im Besitz einer bestimmten Geldmenge ist, wobei deren Höhe bei den Ministerien variiert.⁷² Das Problem besteht u.a. darin, daß die legalen Organisationen den Richtlinien der Regierung folgen und öffentliche Aufsicht akzeptieren müssen, was die Gefahr der Einschränkung ihrer Autonomie in sich birgt. Zum anderen wird die Position der Organisationen dadurch geschwächt, daß sie den legalen Status bei Ministerien, also Regierungsstellen, beantragen müssen, was ihre unabhängige Position weiter gefährdet.

Die südkoreanische Gesellschaft ist nach wie vor durch starken Antikommunismus, Konservatismus, Zentralismus und ein ausgeprägtes nationales Sicherheitsbewußtsein gekennzeichnet. Das gegenwärtige südkoreanische System läßt keinen Raum für alternative, radikalere Themen. Die Zivilgesellschaft ist deshalb von konservativen bis reformistischen Strömungen charakterisiert, die vor allem von der Mittelklasse getragen werden.

In einer Situation, in der das Nationale Sicherheitsgesetz weiterhin angewandt und jede Revision von der Regierungspartei abgelehnt wird, eröffnen sich weiterhin Möglichkeiten für die Regierung, dieses Gesetz zur Unterdrückung demokratischer, alternativer Bewegungen unter dem Vorwand der nationalen Sicherheit und der Niederschlagung der Opposition gegen das bestehende demokratische kapitalistische System zu mißbrauchen. Im August 1996 wurde mit großer Härte gegen Aktionen von Mitgliedern des Nationalrates der Vereinigungen der Universitätsstudenten (*Hanch'ongnyôn*) aus Anlaß des Jahrestages der Befreiung an der Yônse-Universität in Seoul vorgegangen. In einem gesetzgeberischen Alleingang der Regierungspartei im Dezember 1996 wurden dann der Agentur für Nationale Sicherheitsplanung die Kompetenzen zur Inlandsaufklärung gegen Personen, die gegen das Nationale Sicherheitsgesetz verstoßen hätten, zurückgegeben. Diese waren dem Sicherheitsdienst erst zu Beginn der Amtszeit des Präsidenten Kim Young-sam 1993 entzogen worden. Zusammen mit dieser Orientierung auf nationale Sicherheit bieten die gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Südkorea der Regierung einen Vorwand, Verantwortung und Lasten auf die Bürger abzuwälzen und das Tempo der Reformen anzuhalten oder zurückzuschrauben. So hat die Neue Korea-Partei z.B. vorgeschlagen, die unter Kim Young-sam eingeführte Verwendung realer Namen für Finanztransaktionen im wesentlichen zurückzunehmen.

Inwieweit die ZGO ihrer gesellschaftlichen Rolle als "dritte Kraft" gerecht werden, hängt auch davon ab, wie demokratisch sie selbst sind, und was sie als ihre Aufgaben bestimmen. Einen großen Vertrauensverlust mußte die CCEJ Anfang 1997 hinnehmen, als nach anfänglichem Leugnen bekannt wurde, daß ein Mitarbeiter der Organisation im Besitz eines illegal aufgenommenen Videos mit dem Sohn des Präsidenten Kim Hyôn-ch'ôl war, und der Verdacht entstand, daß die CCEJ mit dem

⁷¹ S. Brief von Prof. Lee Hye Kyung, 20.1.1996.

⁷² S. Brief von Marie Rhie Chol Soon, KWWAU, 15.1.1996.

Sicherheitsdienst zusammengearbeitet habe. Damit war der selbstgestellte hohe politische und moralische Anspruch der Organisation in den Augen der Öffentlichkeit diskreditiert. Der Generalsekretär Yu Chae-hyôn sah sich gezwungen, die Verantwortung zu übernehmen und zurückzutreten.⁷³

Yang Sung Chul argumentiert, daß die Südkoreaner nach wie vor von autoritären Werten geprägt seien. Ihre Bindung an und Akzeptanz von demokratischen Werten und Anschauungen wie politischer Wettbewerb, Herrschaft der Mehrheit und Schutz der Minderheitenrechte und politische Verantwortlichkeit seien unterentwickelt.⁷⁴ Deshalb ist es eine Aufgabe der ZGO, die politische Bewußtheit der Menschen zu stärken und diese zu einer aktiven Teilnahme an demokratischen Entwicklungen zu ermuntern. Wie bereits festgestellt, sind viele Mitglieder jedoch nur gelegentlich in die Aktivitäten ihrer Organisationen einbezogen und „werden in der Arbeit als Objekte behandelt“.⁷⁵ Der Erfolg der inneren Demokratisierung wird zum einen abhängen von der Bereitschaft der leitenden Personen, diese zuzulassen und aktiv voranzubringen, und andererseits von der Bereitschaft der Mitglieder, Ideen zu entwickeln und selbst Verantwortung zu übernehmen. Dazu gehört, die aktive Beteiligung von Frauen auch in Führungspositionen zu fördern und insbesondere jüngere Menschen in die Arbeit einzubeziehen, was sich auch in einem notwendigen Generationswechsel auf der Leitungsebene niederschlagen muß.

Insbesondere die größeren ZGO sind bestrebt, eine Dezentralisierung ihrer Arbeit zu erreichen, d.h. weitere regionale Branchen einzurichten, die durch die Aktivitäten der Bewohner der jeweiligen Region leben und mit den Organen der lokalen und regionalen Selbstverwaltung zusammenarbeiten. Die CCEJ ist dafür kritisiert worden, daß sie eine sehr zentralisierte, von einigen Führungspersönlichkeiten dominierte Organisation sei, die sich nur mit der Regierung in der Hauptstadt auseinandersetze und keinen Bezug zu den Problemen in der Region habe. Deshalb hat die CCEJ beschlossen, ihre Organisationsstruktur und die Aktivitäten zu dezentralisieren und dazu bis 1998 die Zahl der lokalen Büros von ca. 40 auf 100 zu erhöhen. Die Organisation soll sich auf die Arbeit der Mitglieder stützen, sich in ihren Zielen auf die Bedürfnisse der Menschen orientieren und eine Bürgerbewegung entfalten, in der die Menschen ihre konkreten Lebensprobleme selbst vor Ort lösen.⁷⁶ Eine weitere Dezentralisierung der Arbeit der ZGO birgt jedoch auch die Gefahr der Zunahme des bereits auftretenden regionalen Egoismus. Dabei kommt es zu Zusammenstößen unterschiedlicher Interessen verschiedener regionaler Branchen ein und derselben

⁷³ *News+*, Nr.80, 24.4.1997, S.40-42. Zum neuen Generalsekretär wurde im Mai 1997 Yu Chong-sông gewählt. S. *Han'gyôre sinmun*, 1.5.1997.

⁷⁴ Yang Sung Chul, *The North and South Korean Political Systems. A Comparative Analysis*, Seoul: Seoul Press, 1994, S.17.

⁷⁵ Yi Sôn-t'ae, "Chônch'i hongyôk sok chaeya-siminundong ôdiro kana", in: *Mal*, Nr.11, 1995, S.45.

⁷⁶ Lee Yong-Sun, "CCEJ at Six Years: New Prospects", in: *Civil Society*, Juli-August 1995, Nr.4, S.14.

Organisation oder auch zwischen mehreren Organisationen.⁷⁷ Es bleibt also zu beobachten, ob die regionale Ausdehnung der Organisationen zu einem Anwachsen von regionalem Egoismus und damit zur Verschärfung der Konflikte innerhalb der Organisationen führen wird.

Die ZGO haben gezeigt, daß sie ein Gegengewicht zur Regierung und der Wirtschaft in Südkorea sind und Notwendigkeiten und Möglichkeiten für ihre Weiterentwicklung bestehen. Die Frage ist, wie sie ihre Potentiale entfalten und dabei bereits bestehende Möglichkeiten der aktiven Teilnahme der Bürger an gesellschaftlichen Entwicklungen nutzen und für eine weitere Demokratisierung der südkoreanischen Gesellschaft eintreten. Angesichts der Schwäche bzw. Marginalisierung anderer Sektoren der Zivilgesellschaft wie der politischen Parteien und der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung kommt ihnen dabei eine große Bedeutung zu.

Literatur:

- "Kyôngje ch'ongûi silch'ôn simin yônhap kyuyak" (Satzung der CCEJ), in: *Chibanghwa segyehwa rûl chunbihanân simin undong. Kyôngsillyôn ch'angnip 6 chunyôn kinyôm charyojip* (Die Bürgerbewegung zur Vorbereitung der Regionalisierung und Globalisierung. Materialsammlung aus Anlaß des 6. Jahrestages der Gründung der CCEJ), Kyôngje chôngûi silch'ôn simin yônhap, Seoul: Simin ûi sinmun p'yônjipsil, 1996, S.345-350
- "On the role of Korean Environmental NGOs in Asia", in: *Green Korea Report*, Herbst 1995, Nr.2, Bd.2, S.4-6
- Choi Jang Jip, "Political Cleavages in South Korea", in: Koo Hagen (Hrsg.), *State and Society in Contemporary Korea*, Ithaca and London: Cornell University Press, 1993, S.13-50
- Cotton, James, "Civil Society in the Political Transition of North Korea: The Limitations of the East European Model", in: *Korea and World Affairs*, 16, 2, Sommer 1992, S.319- 337
- Eder, Norman, *Poisoned Prosperity. Development, Modernization, and the Environment in South Korea*, London: M.E. Sharpe, 1996
- Hall, John A. (Hrsg.), *Civil Society. Theory, History, Comparison*, Cambridge: Polity Press, 1995
- Hall, John A., "In Search of Civil Society", in: Hall, John A. (Hrsg.), *Civil Society. Theory, History, Comparison*, Cambridge: Polity Press, 1995
- Han'guk min'gan tanch'e ch'ongnam. Directory of Korean NGOs 1997*, herausgegeben von Sô Yang-hun, Seoul: Simin ûi Sinmun, 1996

⁷⁷ Soh Kyung-suk, "Civil Society and Citizens' Movements in Korea", in: *Proceedings of First Asia Pacific Civil Society Forum, August 11-14, 1995*, Seoul: APCSForum Secretariat, 1995, S.147-148.

- Henderson, Gregory, *Korea: Politics of the Vortex*, Harvard: Harvard University Press, 1968
- Kang Moon-Kyu, "Words of Welcome", in: *Proceedings of First Asia Pacific Civil Society Forum, August 11-14, 1995*, Seoul: APCSForum Secretariat, 1995
- Keane, John, (Hrsg.), *Civil Society and the State. New European Perspectives*, London: Verso, 1988
- Keane, John, "Despotism and Democracy. The Origins and Development of the Distinction Between Civil Society and the State 1750-1850", in: Keane, John, (Hrsg.), *Civil Society and the State. New European Perspectives*, London: Verso, 1988, S.35-71
- Kim Chong-sun, *Min'gan hwan'gyông tanch'e ûi unyông silt'ae wa hwalsônghwa pangan* (Die Volksorganisationen auf dem Gebiet der Umwelt. Ihre aktuelle Lage und Vorschläge zu ihrer Aktivierung), Kôn'guk tachakkyo, Pusôl haengjông munje yôn'guso kan, Haengjông yôn'gu che 18 chip, Pyôlch'aek, 1994
- Koo Hagen (Hrsg.), *State and Society in Contemporary Korea*, Ithaca and London: Cornell University Press, 1993
- Lee Hong-goo, "Congratulatory Address", in: *Proceedings of First Asia Pacific Civil Society Forum, August 11-14, 1995*, Seoul: APCSForum Secretariat, 1995
- Lee Hye-Kyung, "NGOs in Korea", in: Tadashi Yamamoto (Hrsg.), *Emerging Civil Society in the Asian Pacific Community. Nongovernmental Underpinning of the Emerging Asia Pacific Regional Community*, Singapore: Prime Packaging Industries, 1995, S.161-164
- Lee See-Jae, "Tasks and Directions of the Social Movements in Korea in the 1990s", in: *Korea Journal*, 33, 2, Sommer 1993, S.17-36
- Lee Su-Hoon, "Transitional Politics of Korea, 1987-1992: Activation of Civil Society", in: *Pacific Affairs*, 66, 3, Herbst 1993, S.351-367
- Lee Yong-Sun, "CCEJ at Six Years: New Prospects", in: *Civil Society*, Juli-August 1995, Nr.4
- Lee, Heike, "Neuer Kurs in der südkoreanischen Umweltbewegung?", in: *Koreanische Studien, Festschrift für Prof. Dr. sc. Ingeborg Göthel und Prof. Dr. sc. Helga Picht aus Anlaß des 60. Geburtstages*, St. Petersburg: Zentrum "St. Petersburger Orientalistik", 1995, S.34-44
- Palais, James B., "Political Participation in Traditional Korea, 1876-1910", in: *The Journal of Korean Studies*, 1979, S.73-122
- Proceedings of First Asia Pacific Civil Society Forum, August 11-14, 1995*, Seoul: APCSForum Secretariat, 1995
- Salamon, Lester M., "The Rise of the Nonprofit Sector", in: *Foreign Affairs*, Juli/August 1994
- Schmitter, Philippe C., "Some propositions about civil society and the consolidation of democracy", Conference "Reconfiguring State and Society", University of California, Berkeley, 22-23 April 1993 (unveröffentl.)

- Soh Kyung-Suk, "Civil Society and Citizens' Movements in Korea", in: *Proceedings of First Asia Pacific Civil Society Forum*, August 11.14, 1995, Seoul: APCSFo-
rum Secretariat, 1995, S.141-148
- Soon Se-Il, "South Korea in Transition", in: Vivian De Lima, Carmencita Karagdag
(Hrsgs.), *Peace and Disarmement and Symbiosis in the Asia-Pacific*, Philippines
1995, S.107-112
- Tadashi Yamamoto (Hrsg.), *Emerging Civil Society in the Asian Pacific Community.
Nongovernmental Underpinning of the Emerging Asia Pacific Regional Com-
munity*, Singapore: Prime Packaging Industries, 1995
- Yang Sung Chul, *The North and South Korean Political Systems. A Comparative
Analysis*, Seoul: Seoul Press, 1994
- Yi Sông-t'ae, "Chôngch'i hongyôk sok chaeya - siminundong ôdiro kana" (Die au-
ßerparlamentarische Opposition ist angekränkelt vom Übel der Politik - Wohin
geht die Bürgerbewegung?), in: *Mal* (Monat), November 1993, S.40-45
- Yu Chae-hyôn, "Saeroun toyak ûl wihae kyôngsillyôn che 2 ki rûl ôttôk'e chunbihal
kôsin'ga?" (Wie bereitet sich die CCEJ für einen neuen Sprung in der zweiten
Etappe vor?), in: *Chibanghwa segyehwa rûl chunbihanûn simin undong.
Kyôngsillyôn ch'angnip 6 chunyôn kinyôm charyojip* (Die Bürgerbewegung zur
Vorbereitung der Regionalisierung und Globalisierung. Materialsammlung aus
Anlaß des 6. Jahrestages der Gründung der CCEJ), Kyôngje chôngûi silch'ôn si-
min yônhap, Seoul: Simin ûi sinmun p'yônjipsil, 1996, S.12-20
- Yu Chae-hyôn, "Simin undong ôttôk'e pol kôsin'ga?" (Wie ist die Bürgerbewegung
zu sehen?), in: '96 *Simin sahoe tanch'e kongdong chôngch'aek charyojip*
(Materialsammlung zur gemeinsamen Politik der Zivilgesellschaftsorganisationen
1996), Seoul: Han'guk simin tanch'e hyôbûihoe, 1996, S.11-31